



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Regierungserklärung des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 9. Dezember 2021**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

als ich zuletzt am 16. September hier in der Bürgerschaft in einer Regierungserklärung über die Corona-Politik des Bremer Senats berichtete, da war ich, da waren wir alle im Senat zuversichtlich, dass das Ende der Pandemie in Sicht ist. Damals waren bereits 72 Prozent der Bevölkerung im Land Bremen vollständig geimpft und die vom RKI empfohlene Zielimpfquote war zum Greifen nahe. Wenn, so hatte es das Robert-Koch-Institut im Sommer prognostiziert, wenn im Herbst bei den über-60-Jährigen eine Impfquote von 90 Prozent und bei den 12- bis 59-Jährigen eine Quote von 85 Prozent erreicht werde – **dann** sei man mit der Pandemie im Wesentlichen durch.

Heute müssen wir leider feststellen, dass diese Einschätzung zu optimistisch war.

Unsere Impfquote liegt mittlerweile deutlich höher – nämlich bei mehr als 93 Prozent bei den Über-60-Jährigen und etwa 90 Prozent bei den 12- bis 59-Jährigen – und trotzdem lässt uns Corona auch in Bremen und Bremerhaven in diesem Winter nicht los – von anderen Teilen Deutschlands mit einer niedrigeren Impfquote ganz zu schweigen.

Mit dieser Feststellung ist, darauf lege ich großen Wert, **keinerlei** Kritik an der Arbeit des RKI verbunden. Es zeigt sich lediglich wieder einmal, dass in dieser Pandemie nichts sicher planbar ist, weil sich die Dinge laufend verändern und wir alle ständig dazulernen müssen.

Es sind vor allem drei Aspekte, die zu einer Neubewertung der Lage geführt haben.

- Die dominierende Delta-Variante hat sich als noch ansteckender als ursprünglich angenommen herausgestellt.
- die Impfung lässt schneller als gedacht in ihrer Wirkung spürbar nach – zumindest was den Schutz vor einer Ansteckung, nicht unbedingt was den Schutz vor einem schweren Verlauf betrifft.
- und es verbreitet sich mit Omikron eine neue Variante, über die wir bislang noch nicht sehr viel wissen. Das **was** wir aber wissen, macht den Fachleuten durchaus Sorgen.

Auch in Bremen ist die Lage vor dem anstehenden Winter deshalb "ernst". Und da hilft es uns wenig, wenn sie anderorts "sehr ernst" ist und in Bayern, Sachsen und Thüringen vielleicht sogar "extrem ernst".

Aktuell liegt die Infektions-Inzidenz in Bremen bei 216 und in Bremerhaven bei 260 - und ist damit einigermaßen stabil. Genauso wie die Hospitalisierungsinzidenz, die in Bremen derzeit bei 5,47 liegt und in Bremerhaven bei 2,64. Wir stehen damit wie der gesamte Nordwesten Deutschlands noch vergleichsweise gut da. Deswegen waren und sind wir auch in der Lage andere Bundesländer solidarisch bei der Versorgung ihrer Intensivpatienten zu unterstützen. Aber ohne jeden Zweifel gilt auch für uns weiterhin: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankeule.

Meine Damen und Herren,


wir müssen deshalb zum einen unsere Impfquote noch weiter steigern. Wir müssen beim Impfen der 12- bis 17-Jährigen nachlegen und uns rechtzeitig auf das neue Angebot der Impfungen der 5- bis 11-Jährigen vorbereiten. Und wir

müssen möglichst schnell so vielen Menschen wie möglich eine Auffrischungsimpfung anbieten. Wir müssen boostern was das Zeug hält.

Nun gibt es ja die selbst ernannten Spezialistinnen und Spezialisten, die aus dem Umstand, dass auch eine Impfung keinen einhundertprozentigen Schutz bietet und es immer wieder zu Impfdurchbrüchen kommt, die aus diesem Umstand messerscharf schließen, dass man das mit dem Pieksen lieber gleich ganz sein lassen sollte. Ihnen seien noch einmal die folgenden Fakten ins Stammbuch geschrieben; Stand jetzt entfallen etwa zwei Drittel der Corona-Infektionen in Bremen und Bremerhaven auf Ungeimpfte, obwohl diese mittlerweile nicht einmal mehr 20 Prozent der Bevölkerung in unserem Land ausmachen. Oder anders ausgedrückt: die Infektionsinzidenz unter den Geimpften liegt derzeit bei 136 – die bei den Ungeimpften aber bei **über 700**.

Da die meisten Geimpften im Falle einer Erkrankung auch deutlich mildere Symptome und Krankheitsverläufe zeigen, schlägt sich das auch in der Krankenhausbelegung nieder: Nur ein Drittel der volljährigen Patientinnen und Patienten, die wegen einer Covid-Erkrankung im Krankenhaus liegen sind geimpft – obwohl sie mehr als 93 Prozent der volljährigen Bevölkerung ausmachen. Umgekehrt sind die sieben Prozent der Erwachsenen, die bislang nicht geimpft sind, für zwei Drittel der Hospitalisierungen verantwortlich.

Angesichts dessen kann es überhaupt keinen Zweifel geben: Die Impfung ist ein wirksamer Schutz gegen eine Corona-Infektion, gegen eine Corona-Erkrankung und noch mehr gegen eine schwere Erkrankung. Wo nicht ausreichend geimpft wird, wie im Süden und Osten Deutschlands, sind die Folgen deutlich zu beobachten. Übrigens nicht nur in den Krankenhäusern. Auch die Wirtschaft ächzt unter den Einschränkungen, Schul- und Kita-Kinder leiden, Familien, alle, die Angehörige in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen haben. Ich könnte hier noch viele, viele mehr nennen, die von Leid und Verzicht betroffen sind.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 9. Dezember 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Um möglichst schnell allen Bremerinnen und Bremern, allen Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern eine Booster-Impfung anzubieten, haben wir bereits vor Wochen Impfstellen in Bremen und Bremerhaven aufgebaut und sind nach wie vor mit mobilen Teams unterwegs.

Aber wir wollen und wir müssen noch mehr Tempo machen. Deshalb haben wir vor einer Woche in der ehemaligen Sparkasse am Brill ein weiteres Impfzentrum in Betrieb genommen. Wir sind sehr froh, dass wir dafür wieder das bewährte Team aus dem Frühjahr und Sommer haben gewinnen können, die eingespielte Mannschaft aus Verwaltung, Hilfsorganisationen und heimischer Wirtschaft. Ja, derzeit sind noch nicht alle Impfstraßen in Betrieb, daran arbeiten wir mit Hochdruck. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir unser Tempo täglich steigern können.

Und ich will auch gar nicht drumherum reden: Wir wollen und werden uns deutlich steigern müssen. Denn Bund und Länder haben sich am vergangenen Donnerstag auf sehr ehrgeizige Ziele verständigt. Bis zu 30 Millionen Impfungen wollen wir in Deutschland gemeinsam bis Weihnachten ermöglichen. Das ist eine Mammutaufgabe: Für den Bund, der sich verpflichtet hat, ausreichend Impfstoff zur Verfügung zu stellen. Vor allem aber für die Länder, die für die Impfung an sich zuständig sind.

Daneben haben die Länder sich mit der Bundesregierung auch auf weitere Maßnahmen verständigt, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Und zwar sowohl auf Regelungen, die überall in Deutschland gelten, als auch Regelungen die nur dort gelten, wo das Infektionsgeschehen besonders hoch ist, also in den Hotspots der Pandemie.

Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss hat diesen Maßnahmen am Freitag bereits zugestimmt, so dass die Regelungen bereits zum vergangenen Montag in Kraft treten konnten. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle noch

einmal ausdrücklich bedanken. Die schnelle Entscheidung war richtig, denn wir dürfen in der aktuellen Situation keine Zeit verlieren.

Beschlossen wurden konkret folgende Maßnahmen, die inzwischen in ganz Deutschland gelten:

- Im Einzelhandel gilt ab sofort die 2G-Regel. Ausnahmen gibt es nur für Geschäfte des täglichen Bedarfs, Drogeriemärkte und Apotheken, also für die Geschäfte, die schon im Frühjahr trotz der Bundesnotbremse geöffnet blieben.
- Auch Kultur- und Freizeitangebote wie Kinos, Theater und Gaststätten dürfen nur noch von Geimpften und Genesenen besucht werden.
- Zudem gibt es strenge Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte: Private Zusammenkünfte, an denen nicht ausschließlich Geimpfte und Genesene teilnehmen, sind auf den eigenen Haushalt sowie zwei weitere Personen eines weiteren Haushalts beschränkt, wobei Kinder unter 14 Jahren nicht mitgezählt werden.
- Überregionale Sport- und Kulturveranstaltungen sind in geschlossenen Räumen auf maximal 5.000 Personen beschränkt, im freien auf maximal 15.000.
- Um an Silvester und Neujahr übermäßigen Menschenansammlungen entgegenzuwirken, ist der Verkauf von Pyrotechnik erneut untersagt. Die MPK hat damit die wirksamen Maßnahmen aus dem vergangenen Jahr erneut umgesetzt.
- Und: In Schulen gilt eine Maskenpflicht in allen Klassenstufen. Dagegen, das bekenne ich offen,



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 9. Dezember 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

habe ich mich in der MPK gewehrt, weil wir insbesondere den Grundschulkindern in Bremen ersparen wollten, den ganzen Schultag lang eine Maske zu tragen. Und, weil wir keine Auffälligkeiten im Infektionsgeschehen gegenüber Bundesländern mit Maskenpflicht festgestellt haben. Vielleicht auch deshalb, weil wir unsere Schulen im bundesweiten Vergleich besonders konsequent mit Luftfiltern ausgestattet haben.

- Steigt die Infektionsinzidenz zudem auf über 350 an, werden Clubs und Diskotheken geschlossen, werden Großveranstaltungen abgesagt und sind private Veranstaltungen nur noch mit maximal 50 Personen in Innenräumen und 200 unter freiem Himmel erlaubt.

Meine Damen und Herren,

bei aller Bundeseinheitlichkeit ist aber auch klar: Wir können Regionen mit einer Inzidenz von 100 nicht genauso behandeln wie solche mit einer Inzidenz von über 1.000.

Deshalb ist es richtig, dass Bund und Länder sich auch auf eine Hotspot-Strategie verständigt haben, dass also von der Pandemie besonders betroffene Länder auch besondere - in der aktuellen Lage notwendige - Maßnahmen umsetzen dürfen. Beispielsweise die befristete Schließung von Gaststätten, das Verbot des Alkoholverkaufs oder -konsums, die Einschränkung von Hotelübernachtungen oder die Beschränkung von Ansammlungen im öffentlichen Raum. Ich halte diese Unterschiede nicht nur für rechtlich zwingend, sondern auch für sachgerecht. Um es kurz und knapp zu sagen: in Schleswig-Holstein kann nicht exakt das gleiche gelten wie in Sachsen, Thüringen oder Bayern.

Bundestag und Bundesrat werden dazu morgen die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen bzw. verlängern. Und ich gestehe gerne: Aus heutiger Sicht hätte die epidemische Lage nationaler Tragweite ruhig bestehen bleiben können. Dann hätte man sich viele Klimmzüge erspart.


Allen, denen diese Maßnahmen nicht weit genug gehen und die in den vergangenen Tagen vehement einen deutschlandweiten Lockdown gefordert haben, denen kann ich nur entgegenen: Wir haben derzeit ja bereits einen Lockdown – einen Lockdown für Ungeimpfte. Denn Ungeimpfte dürfen bei uns in Bremen derzeit in die meisten Geschäfte nicht rein, sie dürfen nicht ins Restaurant und nicht ins Kino, sie dürfen nicht einmal zum Frisör.

Wem das nicht reicht, wer also Geschäfte, Kinos und Gaststätten flächendeckend für alle schließen will, der muss dann aber auch ehrlich bekennen, dass er einen Lockdown auch für doppelt und dreifach Geimpfte will, und auch wenn diese zusätzlich noch getestet sind. Ich, meine Damen und Herren, will das nicht. Ich halte das in der derzeitigen Situation für den falschen Ansatz.

Ob die seit Montag geltenden Maßnahmen das Infektionsgeschehen weiter bremsen, das werden wir frühestens in der kommenden Woche wissen.

Was wir aber jetzt schon registrieren, ist der zunehmende Druck auf Ungeimpfte, sich impfen zu lassen. Zumal ja Bund und Länder erst vor drei Wochen beschlossen haben, dass Ungeimpfte nur noch mit einem aktuellen Test zur Arbeit kommen sowie Busse und Bahnen nutzen dürfen. Impfstellen und Ärzte jedenfalls verzeichnen seitdem wieder nennenswert steigende Zahlen bei den Erst-Impfungen. Ich wage mittlerweile die Prognose: Eine Impfquote von 85 Prozent ist bei uns in Bremen nicht mehr ausgeschlossen.

Mindestens genauso wichtig ist aber, dass vor allem im Osten und im Süden Deutschlands die Impfquoten weiter nach oben getrieben werden. Bleibt es bei 60, 65 oder auch 70 Prozent dort, dann werden wir im nächsten Herbst und Winter

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 9. Dezember 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

wieder in der gleichen Situation sein wie heute. Dann werden wir erneut Einschränkungen haben, wieder volle Krankenhäuser und müssen sehr wahrscheinlich wieder Intensiv-Patienten über Bundesländergrenzen hinweg verlegen, weil die Kliniken in den Hochinzidenz-Gebieten allein so viele Patientinnen und Patienten nicht mehr betreuen können.

Ich gehe davon aus, dass der Bundesrat am morgigen Freitag eine einrichtungsbezogene Impfpflicht verabschieden wird, also eine für Krankenhäuser, Altenheime, Einrichtungen der Behinderungshilfe, Rettungsdienste und Arztpraxen. Also überall dort, wo die Beschäftigten es mit besonders verletzbaren Menschen zu tun haben. Auch dies entspricht den Verabredungen des Bund-Länder-Treffens.

Diese einrichtungsbezogene Impfpflicht wird die Menschen dort schützen und das ist gut und richtig so. Sie wird allein aber nicht zu einer deutlichen Steigerung der Impfquote in der Gesamtbevölkerung beitragen. Deshalb hat in den letzten Wochen die Diskussion über eine allgemeine Impfpflicht an Dynamik gewonnen.

Wir werden intensiv und sorgfältig diskutieren und abwägen müssen, ob und wenn ja wie eine solche Pflicht umgesetzt werden sollte. Deswegen ist es auch richtig, dass auf Bundesebene vorgesehen ist, dieses Thema in Form eines fraktionsoffenen Gruppenantrages zu beraten.

Auch in Bremen sehe ich bei diesem Thema keine einheitliche Meinung. Die einen setzen weiterhin primär auf Überzeugung, um die Impfquote nach oben zu treiben. Und zur Wahrheit gehört ja auch, dass Bremen damit seit Beginn der Pandemie sehr gut gefahren ist. Hätten alle Länder eine so gute Quote, würden wir über eine allgemeine Impfpflicht jetzt gar nicht diskutieren.


Andere haben dagegen wenig Hoffnung, dass die Impfquoten mit guten Angeboten und guten Argumenten noch nennenswert zu steigern sind, dass also der zwanglose Zwang des guten Argumentes helfen und die Zahlen bundesweit

deutlich nach oben treiben wird, Sie sind der Meinung, dass wir um eine allgemeine Impfpflicht am Ende nicht umhin kommen werden. Eben wegen der Situation in einigen Bundesländern und weil wir in Bremen keine Insel der Glückseligen sind und gegen Viruseinträge von außen natürlich nicht gewappnet sind. Ich gestehe, dass ich persönlich dieser Auffassung zuneige.

Eins ist aber in jedem Fall klar: Eine allgemeine Impfpflicht, wenn sie denn kommt, muss ihre Grenzen haben. Konkret heißt das für mich:

- Keine Impfpflicht für Kinder, weil diese selbst nur ein sehr geringes Risiko haben, schwer zu erkranken.
- Es muss die Möglichkeit geben im Einzelfall Ausnahmen zuzulassen, nicht nur aus medizinischen Gründen, sondern unter Umständen auch mit Blick auf grundgesetzlich geschützte religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen.
- Und es muss klar geregelt sein, wie wir eine Impfpflicht denn in der Praxis durchsetzen wollen und wo wir die Grenzen des Verwaltungsvollzugs sehen.

Die Befürworter und die meisten Gegner einer Impfpflicht eint das Ziel, dass wir deutlich mehr Menschen impfen müssen als bisher um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Über den Weg dahin werden wir in den kommenden Wochen noch intensiv diskutieren und streiten müssen. Ich bin beispielsweise sehr dafür, dass wir in diese Entscheidung die Meinung des Ethikrats einbeziehen, dass wir uns ganz genau anhören, wie er diese Frage beurteilt.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 9. Dezember 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns auch die aktuelle Phase der Pandemie gemeinsam bewältigen, lassen Sie uns weiterhin solidarisch zusammenstehen und lassen Sie uns - allen Belastungen und Einschränkungen zum Trotz - auch weiterhin einen kühlen Kopf behalten.

Ein Beispiel macht mir dabei Mut, weil es exemplarisch zeigt, wie wir die Probleme gemeinsam lösen können. Als vor einer Woche klar war, dass in den Geschäften und Restaurants künftig 2G gilt, haben sich Gastronomie, Schausteller-Gewerbe und der Einzelhandel mit dem Wirtschaftsressort zusammengesetzt und nach einer pragmatischen Lösung für alle gesucht.

Dass die Beteiligten sich binnen weniger Tage darauf verständigt haben,

- dass sie die Kontrolle der Impfausweise gegenseitig anerkennen und sich selbst aber auch den Kundinnen und Kunden damit umständliche und langen Wartezeiten ersparen
- dass die roten Bändchen des Weihnachtsmarktes jetzt auch als Eintrittskarte in der Gastronomie und im Einzelhandel gelten
- und dass ein „Bremen Bändchen“ produziert und ausgegeben wird, mit dem sich die Bremerinnen und Bremer überall als Geimpft oder Genesen ausweisen können,

das zeigt eines ganz deutlich: Mit Gemeinsinn und Kreativität können wir gegen das Virus bestehen und die Pandemie bewältigen. Nicht jeder für sich alleine, sondern wir alle miteinander.

Vielen Dank!